presse

Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
AG Inneres
Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften

Muslime in Deutschland: in der Mitte der Gesellschaft

***Eva Högl**, stellvertretende Fraktionsvorsitzende;*
***Uli Grötsch**, zuständiger Berichterstatter;*
***Kerstin Griese**, Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften:*

Die Diskussion um den Moschee-Dachverband Ditib zeigt, wie wichtig es ist, auf Augenhöhe über die alltägliche Situation von Muslimen in Deutschland zu sprechen: mit ihnen und nicht über sie. Konkrete Probleme müssen angepackt werden. Die SPD-Bundestagsfraktion hat in dieser Woche mit mehr als 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer über bessere Teilhabe muslimischer Bürgerinnen und Bürger in Deutschland diskutiert. Wir freuen uns über die positive Resonanz, die die Fachkonferenz „Muslime in Deutschland“ mit Vertreterinnen und Vertretern der Verbände und der Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor hervorgerufen hat.

„Die muslimischen Bürgerinnen und Bürger gehören in die Mitte unserer Gesellschaft. Zum weitaus größten Teil leben Muslime in Deutschland friedlich und distanzieren sich von Terror und Gewalt.

Es geht darum, das Grundgesetz als Basis unseres Zusammenlebens für alle anzuerkennen. In der Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, bei der politischen Partizipation, aber auch bei der Entwicklung eines in Deutschland geprägten Islam müssen Fortschritte gemacht werden. Kontroversen müssen ausgetragen werden, seien sie innerhalb der Muslime oder auch über ihre Rolle und ihr Verhältnis zur Türkei und anderen Herkunftsstaaten. Wir unterstützen eine Weiterentwicklung des Verbandes Ditib, der der türkischen Religionsbehörde unterstellt ist, damit sich Muslime in Deutschland unabhängiger und selbständig organisieren können.

In der Arbeitswelt werden immer noch häufig Diskriminierungen erlebt, hier

müssen wir ansetzen, damit wichtiges Potenzial nicht verloren geht. Wir fordern ein kommunales Wahlrecht für hier lebende und verwurzelte Ausländerinnen und Ausländer. Gerade im Stadtteil geht es um sozialen Integration. Der Dialog der Religion und religiöse Bildung tragen entscheidend zu Toleranz und friedlichem Miteinander bei. Und das Zusammenleben im Alltag funktioniert nur, wenn es von gegenseitigem Respekt getragen ist.

Wir ziehen aus dieser Veranstaltung das Fazit, dass wir regelmäßig zu einem solchen Dialog einladen werden. Der große Gesprächsbedarf auf dieser Konferenz hat uns gezeigt: Wir brauchen ein neues Miteinander und die SPD-Bundestagsfraktion will an den konkreten Fragen der Integration und Teilhabe weiter arbeiten. Vielfalt, auch religiöse Vielfalt, ist eine Chance.“